

Ruswil: Interview mit Leo Müller, Nationalratskandidat, bisher

«Ohne volles Engagement geht nichts»

Leo Müller politisiert seit acht Jahren im Nationalrat. Der 61-Jährige ist CVP-Vizefraktionschef. Im Gespräch äussert er sich zur vergangenen Legislatur, dass diese wenig ergiebig war und zu weiteren brennenden politischen Themen.

Interview Erwin Ottiger

Leo Müller, Sie stecken mitten in der letzten Session der Legislatur 2015 bis 2019. Haben Sie sich darauf gefreut?

Ja, sehr. Es ist jedes Mal eine neue Herausforderung. Einerseits zeitlich das Ganze zu organisieren, neben Beruf und weiteren Tätigkeiten. Andererseits ist es auch thematisch sehr anspruchsvoll. Insbesondere in meiner neuen Funktion als Vizefraktionschef. Diese Vielfältigkeit liegt mir.

Eine herausfordernde Aufgabe?

Schon, sehr. Im Februar dieses Jahres durfte ich die Nachfolge von Viola Amherd, die in den Bundesrat gewählt wurde, antreten. Eine geschlossene Fraktionsmeinung zu erreichen ist nicht immer einfach. Dies ist eine recht zeitaufwendige Funktion, ist aber sehr spannend. Es braucht gute Dossierkenntnisse und grosse Überzeugungsarbeit.

Wie erlebten Sie die letzten vier Jahre im Nationalrat?

(überlegt) Ja, es sind grundsätzlich gute Jahre gewesen. Während meiner ersten Legislatur war ich in der Finanzkommission tätig. Mit dem Wechsel in die Wirtschaftskommission in der vergangenen Legislatur erlebte ich fast einen Kulturschock.

Warum?

In der Finanzkommission wurde schon hart diskutiert. Ist aber kein Vergleich zur Diskussionskultur in der Wirtschaftskommission. Es geht halt um Einflussnahmen und Gesetzesbestimmungen und die Meinungen werden verbal viel härter vertreten.

Gab es spezielle Höhepunkte?

Die Wahl zum Fraktionsvizepräsidenten hat mir gezeigt, dass ich gut verankert bin, und offenbar auch fachlich und führungs-mässig den Anforderungen für dieses Amt genüge. Thematisch ist es erfreulich, dass nach zwei Anläufen bei der Unternehmenssteuerreform eine Lösung gefunden werden konnte. Zudem konnte die Energiestrategie 2050, die vom Stimmvolk angenommen wurde, als markante Weichenstellung, als Erfolg verbucht werden. Ein weiterer Erfolg ist die Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes. Im Vorschlag des Bundesrats waren einige «Hunde» begraben. Beispielsweise hätten die Versicherungsgesellschaften die Verträge einseitig anpassen können. Das heisst: Sie hätten sich von Leistungen entbinden können, obwohl Versicherungsnehmer über Jahre Prämien bezahlt haben. Wir von der CVP haben uns massiv und erfolgreich dagegen gewehrt.

Es wird behauptet, dass die Landwirtschaft im Nationalrat die erfolgreichste Lobbygruppe sei. Als gelernter Landwirt und Jurist mit Verwaltungsratssitzen, bei Schweizer Zucker AG oder fenaco Genossenschaft und weitere, gelten Sie als Landwirtschaftspolitiker. Ihre Meinung zu dieser Behauptung.

Ja, es ist so, dass die Landwirtschaft gut organisiert ist. Aber: Die Spielregeln sind für alle gleich. Entscheidend ist, wie sich die Akteure organisieren und einbringen. Ich betreibe bei Weitem nicht nur Landwirtschaftspolitik, sondern auch Gewerbepolitik, Steuerpolitik, Finanzpolitik, usw. Meine VR-Mandate sind ja bei Wirtschaftsunternehmen. Ehrlich gesagt, es wäre oft wünschenswert, wenn sich mehr Leute auch aus der Wirtschaft in die Politik eingeben wür-

den. Durch eine bessere Organisation und Vernetzung wäre man schlagkräftiger. Ich stelle immer wieder fest, dass Gewerbler und Wirtschaftsvertreter sich nicht zu einer Partei bekennen wollen und somit sich nicht in den politischen Prozess eingeben. Somit ist auch keine Einflussnahme möglich.

Sie hätten das Sagen in der Landwirtschaft: Welche drei Punkte müssten sofort geändert werden?

(überlegt) Ich würde wieder vermehrt zurückgehen auf eine produzierende Landwirtschaft, respektive, dass die Leistung, insbesondere die Arbeitsleistung, die ein Landwirt für die Produktion erbringt, besser honoriert wird. Im Moment ist es so, dass die Fläche zu stark gewichtet wird.

Das heisst?

Wenn ein Landwirt viel Fläche besitzt und sehr ökologisch (extensiv) produziert, wird er mit einer relativ geringen Arbeitsleistung gut honoriert. Gerade die Betriebe in unserer Region, die tierintensiv sind (Milchwirtschaft, Mutterkuh- und Schweinehaltung) und mit hoher Arbeitsleistung betrieben werden, werden heute zu wenig honoriert. Die Verschiebung zwischen dem Erlös aus den Produkten zu den Direktzahlungen müssten unbedingt wieder auf den Erlös aus den Produkten verschoben werden. Eine Branche, die nicht mit den ureigensten Produkten Geld verdienen kann und immer auf Direktzahlungen angewiesen ist, hat längerfristig einen schwierigen Stand. Der dritte Punkt ist zwar ein heikles Thema: Wir müssen unbedingt Sorge tragen zum Grenzschutz. Die Schweizer Landwirtschaft ohne Grenzschutz stirbt.

Wie sieht die Landwirtschaft in zehn Jahren aus?

Es braucht künftig drei Standbeine: Verdienst- und Produktionserlös, ergänzende Direktzahlungen und drittens Grenzschutz. Es wird auch in den nächsten Jahren ein gewisser Strukturwandel erfolgen. Ein totales Pestizid-Verbot wäre nicht sinnvoll. Auch Pflanzen werden krank und bedürfen einer Behandlung. Es käme wohl ja niemandem in den Sinn, in der Humanmedizin ein totales Medikamenten-Verbot einzuführen. Ich hoffe, dass die beiden Initiativen (Pestizid- und Trinkwasser-Initiative) abgelehnt werden. Persönlich bedauere ich sehr, dass momentan ein riesen Bashing (öffentliche Beschimpfung) gegen die Landwirtschaft und ihre Produktionsarten herrscht. Dahinter steckt auch eine gewisse Schizophrenie. 2018 fiel der Netto-Selbstversorgungsgrad erstmals unter 50 Prozent. Es wird Fleisch importiert, das mit wachstumsfördernden Mitteln produziert wurde. Es werden Wälder abgebrannt, damit Weideflächen generiert werden können. Es wurden im Ausland wieder rund 200 Pestizide zugelassen, die in der Schweiz schon längst verboten sind. Es ist unglaublich, wir fahren einerseits in der Schweiz die Produktion kontinuierlich zurück, andererseits nimmt der Import zu. Und: Was importiert wird, spielt scheinbar eine nebensächliche Rolle.

Im März 2013 haben die Stimmberechtigten eine Revision des Raumplanungsgesetzes angenommen mit dem Ziel, die Zersiedelung der Schweiz zu stoppen. Die beiden eingereichten Kulturinitiativen wollen im Kanton Luzern noch konsequenteren Schutz von Kulturland und Ortsbildern. Ist nach Ihrer Meinung die eidgenössische Gesetzgebung zielführend, oder braucht es weitergehende kantonale Vorschriften?

Meiner Meinung nach genügt die eidgenössische Gesetzgebung vollkommen. Man muss vor allem dafür sorgen, dass die Entwicklung der Schweizer Wirt-



Nach acht Jahren im Nationalrat kandidiert CVP-Politiker Leo Müller aus Ruswil für eine weitere Legislatur. Foto zVg

schaft nicht einfach abgewürgt wird. Die eidgenössische Gesetzgebung hatte damals zwei Komponenten: Das Einzonen soll schwieriger sein und zusätzlich sind Mehrwertabgaben von mindestens 20 Prozent zu leisten. Wenn im Kanton Luzern nun nochmals schärfere Massnahmen getroffen würden, würde das überborden und ganz klar zu weit führen.

Gab es während der letzten vier Jahre als Nationalrat auch persönliche Enttäuschungen?

(überlegt) Persönliche Enttäuschungen sind mir gerade nicht präsent. Politisch habe ich sehr bedauert, dass die erste Steuervorlage (Steuerreform III) vom Volk nicht gutgeheissen wurde. Leider, das bedauere ich, ist die zu Ende gehende Legislatur politisch nicht sehr ergiebig gewesen. Viele wichtige Fragen konnten nicht geklärt werden. Bei der Unternehmenssteuer haben wir die Kurve zwar gerade noch gekriegt. Weiter konnte das Thema Altersvorsorge nicht gelöst werden. Wir laufen in diesem Bereich schnurstracks in eine Wand. Die Vorlage Altersvorsorge 2020 wurde vom Volk leider abgelehnt.

Leo Müller, Sie politisieren mit «zehn Hüten» auf dem Kopf (Interessenbindungen laut offizieller Nationalratsliste). Ist freies Politisieren so überhaupt möglich? Stehen nicht die Interessenbindungen bei Entscheiden im Vordergrund?

Nein. Die Mandate sind ja nicht gebunden an gewisse Meinungen, die vertreten werden müssen. Persönlich bin ich ein absoluter Verfechter des Milizparlaments. Politik ist ja nichts anderes als Anliegen aus dem persönlichen Umfeld in den politischen Prozess einzubringen. Da spielt es doch keine Rolle, ob man in einem Verwaltungsrat, in einem Verband oder in einem Verein mitwirkt. Ein echter Milizpolitiker muss mitten im Leben stehen und die Bodenhaftung behalten.

Das Rahmenabkommen mit der EU ist derzeit das wichtigste Thema auf der politischen Agenda. Sagen Sie kurz und knapp wo die Knackpunkte liegen.

Einerseits ist unklar, ob die Unionsbürgerrichtlinie zur Anwendung kommt.

Das heisst?

Dass EU-Bürger, die kurze Zeit in der Schweiz gearbeitet haben, vollen Zugriff auf unsere sozialen Leistungen wie Ar-

beitslosenstellen, Sozialhilfe usw. haben. Dieser Punkt ist ungeregelt und nicht erwähnt. Andererseits sind die flankierenden Massnahmen ein Knackpunkt. Diese sollen nicht ausgebaut, aber erhalten werden. Die Schweizer Arbeitnehmer sollen, dafür stehe ich ein, von einem gewissen Lohn- oder Grenzschutz profitieren. Es darf nicht sein, dass wir von ausländischen Arbeitskräften überschwemmt werden.

Sehen Sie eine Chance, dass die Schweiz nochmals mit der EU verhandeln kann?

Solange die Präsidenschaft Juncker besteht, sehe ich keine grosse Chance. Bewegung in das Dossier könnte durch die neue Zusammensetzung und der neuen Leitung der Kommission kommen. Bemerkenswert finde ich zudem, dass mehrere Regionen rund um die Schweiz, die EU-Kommission in einem Brief darum bitten, dass das Verhältnis mit der Schweiz nicht nachhaltig zerstört werde. Das zeigt, dass selbst Regionen aus EU-Ländern ein gutes Verhältnis mit der Schweiz wünschen. Das stimmt mich grundsätzlich zuversichtlich.

Im Juli dieses Jahres wurde die Initiative gegen Waffenexporte eingereicht. Gemäss Initiativtext dürfte der Bundesrat beim Kriegsmaterialexport nicht mehr in Eigenregie entscheiden, sondern Parlament und Volk müssten Mitsprache haben. Ihre Haltung zu diesem Volksbegehren?

Das ist ein sehr heikles Thema. Wenn das Volk oder das Parlament jeden Einzelfall mitdiskutieren kann, kommt das definitiv nicht gut. Parlament und Volk müssen die Grundsätze festlegen.

Warum?

Weil es bei jedem einzelnen Waffenexport oft um firmeninterne Fragen geht, die nicht in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden können. Was im heutigen System sicher verbessert werden muss, ist, dass die Abwicklung von Waffengeschäften nicht in zwei Departementen beurteilt werden. Zudem muss bei so heiklen Entscheidungen eine Stelle entscheiden können, beispielsweise der Bundesrat, immer nach den Grundsätzen, die Parlament und Volk vorgeben.

Die CVP lehnt die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) ab und plädiert für einen Gegenvorschlag. Darf die Schweiz bei Menschenrechtsverletzungen und Um-

weltzerstörungen durch Schweizer Firmen im Ausland einfach wegschauen?

Schweizer Firmen schauen ja nicht einfach nur weg. Sie übernehmen eine grosse Verantwortung. Diese Eigenverantwortung ist zu fördern. Wir schimpfen immer über die hohe Regulierungsdichte in der Schweiz, im privaten wie im wirtschaftlichen Bereich. Wird irgendwo ein Problem geortet, schreit man sofort nach der Politik, um Vorschriften zu erlassen. Es kann ja nicht am Staat liegen, das Hinterste und Letzte zu regeln. Man muss wissen, dass durch das Initiativbegehren ein Regelwerk entsteht, wo einfach mal Schweizer Unternehmen durch eine Behauptung eingeklagt werden können. Die Initiative sieht zudem vor, dass dann die Firmen beweisen müssen, dass sie keine Vorgaben verletzt haben. Die Beweislast wird also umgekehrt.

Finden Sie es richtig, dass gewisse Krankenkassen mit Gesundheit-Apps Bonusprogramme anbieten, womit Versicherte Geld (Prämie) sparen können?

Nein (überlegt). Wir müssen aufpassen, das könnte definitiv in eine gefährliche Richtung gehen. Es gibt Menschen, die haben Glück, genetisch gut veranlagt zu sein, andere haben dieses Glück nicht. Da hat gerade unsere Partei mit dem «C» eine grosse Verantwortung. Es darf nicht sein, und das ist auch klar meine Meinung, dass sich daraus eine Zweiklassen-Medizin entwickeln kann.

In 31 Tagen wählt das Stimmvolk das Bundesparlament. Der Kanton Luzern kann neu 9 statt wie bisher 10 Personen in den Nationalrat delegieren. Alle Bisherigen kandidieren. Die CVP hat seit mehreren Legislaturen kontinuierlich Wähler verloren. Glauben Sie, dass die Mitte-Partei den Abwärtstrend stoppen kann?

Wir geben alles, um den Menschen auf der Strasse, an Veranstaltungen usw. unsere Politik zu erklären. Es ist sehr anspruchsvoll eine Mittepartei zu vertreten. Klar für etwas oder klar gegen etwas zu sein ist wesentlich einfacher als eine ausgewogene Meinung zu vertreten. Genau an diesem Punkt leidet die CVP. Die zu Ende gehende Legislatur war nicht ergiebig. Grund dafür ist die Blockade-Politik. Die sturen Haltungen von links wie rechts widerspiegeln nicht die Schweiz. Wir sind stark geworden mit Konsens-Politik. Gemeinsam konnten Lösungen gefunden werden. Wir wären niemals da, wo wir heute sind. Schon lange würden die Städte das Land, die Deutschschweiz das Tessin dominieren. Talgebiete würden die Berggebiete dominieren. Ich hoffe, dass die Wahlberechtigten erkennen, dass mit extremen Positionen und Meinungen die anstehenden politischen Fragen nicht gelöst werden können. Es ist durchaus auch eine Wohlstanderscheinung. Es geht uns vermutlich noch zu gut. Die CVP hat immer ausgewogene Meinungen gesucht, föderale Strukturen gefördert und Fragen möglichst nahe am Bürger gelöst. Das ist unser Lösungsansatz. Im Moment ist dieser, modern gesagt einfach nicht «sexy».

Zu Beginn des Interviews äusserten Sie sich über die Freude an der Session. Werden Sie am Montag, 2. Dezember, wieder nach Bern reisen (Start der Wintersession, erste Legislatur 2019 bis 2023)?

Ich hoffe sehr. Die Arbeit macht mir wirklich Freude und ich habe Spass daran. Ich darf sagen, dass ich viele Dossiers sehr gut kenne. Nach acht Jahren sind mir im Bundeshaus auch die Abläufe bestens bekannt. In meiner Politik kann ich zudem auf ein breit abgestütztes Netzwerk zählen. Um Anliegen mehrheitsfähig zu machen, ist eben ein solches Netzwerk Grundvoraussetzung. Isolierte Politiker können definitiv keine Mehrheiten schaffen.